

LESERBRIEFE

Vermisst wird Bürgernähe

Nicht die normale Bürgerschaft entfernt sich von staatlichen Institutionen, sondern staatliche Verwaltungen operieren in die falsche Richtung, nämlich weg vom Volk. Sichtbar wird dies immer stärker, durch Verschiebungen von unten nach oben, zu zentralen Verwaltungsorganen, in der Meinung, Aufwand und Kosten liessen sich dämpfen.

Ein gewaltiger Irrtum! Deutlich sichtbar wird dies nach staatlich gesteuerten Gemeindefusionen, beim neuen KESB, im Bau- und Planungswesen, um vom Erziehungswesen ganz zu schweigen. Einseitig ausgebildete Spezialisten in oberen Etagen glauben ihr Fachwissen sei bekömmlicher als der gesunde und erfahrene Menschenverstand mit Zusammenhangswissen unterer Ebenen, schreiben Gemeinden und Familien. Föderalismus statt Zentralismus prägte unsere erfolgreiche Staatsform.

Kenner dieser Zusammenhänge warnten schon vor Jahren, z. B. der bekannte Ökonom Bruno S. Frey in der Neuen Luzerner Zeitung vom 6. Februar 2003. Dort weist er mit Nachdruck darauf hin, dass mit Gemeindefusionen und insbesondere durch Kompetenzabgaben von Gemeinden an den Kanton kaum Kosteneinsparungen nachgewiesen werden, jedoch massive Bürger-Entfremdungen entstehen.

Das gleiche klägliche Bild zeigt sich im Verhältnis von Staat und Wirtschaft.

Immer mehr autoritäre Theorien, Gesetze, Verordnungen etc. verdrängen die gesund gewachsenen freiheitlichen Strukturen unserer Mittel- und Kleinbetriebe. Jahrelang war der Staat Garant für Handeln einer freiheitlich geprägten autonomen Wirtschaft. Nun aber glauben linke Kreise, dieses erfolgreiche Wirken durch unmögliche Auflagen einschränken und umverteilen zu müssen.

Wie bürger- und realitätsfremd Elitkreise schon neben den Schuhen stehen, zeigte sich bei der letzten Budget-Debatte im eidgenössischen Parlament. Da behauptete doch Bundesrätin Widmer-Schlumpf, sich selber rühmend, das Wirtschaftswachstum der letzten fünf Jahre sei immer bedeutend höher gewesen als das Ausgabenwachstum des Bundes. Unwahr, reklamierten volksnahe Parlamentarier, welche auf solche Märchen nicht mehr hereinfelen, und deckten die folgend geltenden Zahlen auf: Die Bundesausgaben sind in den letzten fünf Jahren um 12,6 Prozent gewachsen, dagegen das Bruttoinlandsprodukt aber nur um 7,9 Prozent! Ja, wenn die linke Hand nicht mehr weiss was die rechte tut, so nähert sich unsere staatliche Bürokratie immer mehr einem Turmbau zu Babel. Dort hat dann Bürgernähe keine Bedeutung mehr.

Hans Isenschmid, Egolzwil



ANNO DAZUMAL

Unser Bild zeigt die Mühle in Pfaffnau um die Jahrhundertwende. Gleichzeitig wurde auch eine Mosterei betrieben. Die Mühle steht noch und war bis 2010 in Betrieb. – Das Bild wurde zur Verfügung gestellt von Stephan Vonesch, Pfaffnau.

107 Lehrerinnen und Lehrer wurden diplomiert

PH LUZERN Am Samstag hat die Pädagogische Hochschule Luzern (PH Luzern) 107 Diplomandinnen und Diplomanden in feierlichem Rahmen in die Berufswelt entlassen. Erstmals konnten zwei Quereinsteiger des Studiengangs Sekundarstufe I diplomiert werden.

Insgesamt schlossen 63 Sekundarlehrpersonen, 35 Primarlehrpersonen, 5 Kindergarten- und Unterstufenlehrerinnen sowie 4 Schulische Heilpädagoginnen ihre Ausbildung mit der Diplomübergabe offiziell ab. Erstmals befanden sich unter den Frischdiplomierten zwei Quereinsteiger. Dabei handelt es sich um Studierende, die bestimmte Vorqualifikationen mitbrin-

gen, wodurch sich ihre Studiendauer verkürzt.

Hans-Rudolf Schärer, Rektor der PH Luzern, beglückwünschte die Diplomandinnen und Diplomanden zu ihren erfolgreichen Abschlüssen und verwies auf den hohen Bedarf an ausgebildeten Lehrpersonen: «Wir wissen alle, wie wichtig Ihre Arbeit für die Gesellschaft ist und wie sehr sie derzeit auch gesellschaftlich nachgefragt ist.»

Pirmin Hodel, Mitglied des PH-Rats und Schulleiter von Willisau, hob in seinem Grusswort die Attraktivität des Lehrberufs hervor. «Sie werden jeden Tag wieder Neues erleben. Nur wenige Berufe bieten so viel Abwechslung und Dynamik.»

«Eine Führungsaufgabe ersten Ranges»

Hans Ambühl, Generalsekretär der Er-



PH-Rektor Hans-Rudolf Schärer bei der Diplomübergabe.

Foto zvg

ziehungsdirektorenkonferenz (EDK), hielt die Festansprache. Darin unterstrich er die Bedeutung des Lehrberufs für Gesellschaft und Staat: «Lehrerinnen und Lehrer begleiten uns das ganze Leben durch das, was Sie uns an Wissen und Haltungen vermittelt haben.» So bezeichnete er den Lehrberuf

auch als «eine Führungsaufgabe ersten Ranges» und wünschte den Diplomandinnen und Diplomanden, dass sie zufrieden sein werden darüber und stolz darauf, Lehrerin oder Lehrer zu sein.

In der Studierendenansprache bedankte sich Lea Kathriner, Diplomandin des Studiengangs Sekundarstufe I,

«für all die interessanten Begegnungen mit den spannenden Inhalten und für die Begegnungen und Momente unter den Studierenden sowie zwischen Dozierenden und Studierenden». Zusammenfassend hielt sie fest: «Wir haben in den vergangenen viereinhalb Jahren nicht nur viel gelernt, sondern auch ganz viel erfahren, erlebt und gelebt.»

Gute Aussichten

Die Diplomandinnen und Diplomanden haben gute Aussichten, was die Stellensituation betrifft: Lehrpersonen aller Stufen der Volksschule sowie Schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sind nach wie vor gesucht. **pd**

Sekundarstufe I: Andrea Brand, Fischbach; Rahel Frey, Willisau; Claudia Möri, Willisau. – **Primarstufe:** Cynthia Arnet, Reidermoos; Raphael Anton Kaufmann, Hergiswil. – **Kindergarten/Unterstufe:** Michelle Hurschler, Willisau.

BRIEF

aus dem Nationalrat



Peter Schilliger
FDP, Udligenswil

2015 ist ein Wahljahr. Ein Jahr also, in dem die Politiker landauf, landab Versprechen abgeben. Zum Beispiel, dass sie die Rahmenbedingungen für die KMU-Wirtschaft verbessern wollen. Ob dieselben Politiker diese Versprechen nach den Wahlen dann auch

KMU nicht höher belasten

wirklich einhalten, ist eine andere Frage. Die Umsetzung von Versprechen lässt sich für die Stimmbürger messen. Zum Beispiel an der aktiven Mitarbeit der Politiker in Kommissionen, dem zielgerichteten Lancieren

von Vorstössen oder der aktiven Beteiligung bei Initiativen und Referenden. Zu den aktuellen Themen der KMU-Wirtschaft gehören die Billag-Mediensteuer, die Energiesteuer-Initiative der Grünliberalen Partei oder der linke Angriff auf die Unternehmenssteuern im Kanton Luzern.

Am 12. Januar konnte ich als Mitglied der Delegation des Schweizerischen Gewerbeverbands rund 100 000 Unterschriften gegen die überrissene Erhöhung der Billag-Mediensteuer bei der Bundeskanzlei einreichen. Um was geht es bei dieser Gesetzesvorlage konkret? Im Herbst haben National- und Ständerat der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes zugestimmt. Die für mich einschneidendste Neuerung betrifft die neue Billag-Mediensteuer, mit welcher Unternehmen, die einen Jahresumsatz von mindestens einer halben Millionen Franken erwirtschaften, generell zur Zahlung verpflichtet werden sollen. Damit sollen die Unternehmer einen wesentlichen Beitrag an die Finanzierung des Staatsfernsehens leisten, insgesamt 200 Millionen Franken

jedes Jahr. Die einzelnen Unternehmen würden von 400 bis maximal 39 000 Franken jährlich bezahlen müssen, ungeachtet dessen, ob und wie viel die Mitarbeitenden des genannten Betriebs Radio oder TV konsumieren.

Bereits anlässlich der Erstberatung des Gesetzes im Nationalrat habe ich mich mit einem Einzelantrag gegen diese KMU-Belastung gewehrt. Nach meiner Betrachtung konsumiert der Mensch die medialen Leistungen. Eine Unternehmung, eine juristische Person, kann dies nicht. Und der Mensch wird mit dem neuen Gesetz generell zur Bezahlung der Mediensteuer verpflichtet. Demzufolge würde ein arbeitender Mensch durch die unternehmerische Verpflichtung ein zweites Mal zur Kasse gebeten. Mein Vorstoss gegen diese unzulässige, steuerliche Doppelbelastung ist im Rat leider mit 92 zu 93 Stimmen unterlegen.

Kommt hinzu, dass mit dem neuen Gesetz die alleinige Kompetenz zur Festlegung und Anpassung der neuen Mediensteuer – und damit kann nur

die Erhöhung gemeint sein – beim Bundesrat läge und somit der Kontrolle durch das Parlament entzogen wäre. Da verweise ich auf die Entwicklung der bisherigen Billag-Gebühr: Bei der Einführung im Jahre 1990 betrug diese 279 Franken jährlich, heute sind es 462, also rund 64 Prozent mehr. Bleibt diese Steigerung konstant – und der beabsichtigte SRF-Leistungsausbau weist darauf hin – wird die Prämie pro Haushalt im Jahre 2030 jährlich bei gegen 1000 Franken liegen. Bundesrat und Parlamentsmehrheit wollen diese Kompetenz und die entsprechende gesetzliche Regelung. Da wir vom Schweizerischen Gewerbeverband das Referendum ergriffen haben und bereits innert zwei Monaten die erforderlichen 50 000 Unterschriften gesammelt haben, liegt das letzte Wort nun beim Stimmvolk. Und das ist gut so!

Seit dem letzten Donnerstag kommt mit dem Entscheid der Schweizerischen Nationalbank, den Euro-Wechselkurs nicht weiter zu stützen, noch ein neuer Aspekt in die Diskussionen über die Mediensteuer. Die Schweizer

Wirtschaft – und damit unser Wohlstand – ist eng mit dem Export-Handel in die EU-Länder gekoppelt. Die Aufwertung des Schweizer Franks macht unserer exportierenden Wirtschaft das Leben schwer. Aus dieser Sicht ist jede weitere Verschlechterung unserer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zu verhindern. Wollen wir unseren Wohlstand halten, sind die staatlichen Ausgaben konsequent zu hinterfragen. Zu diesen Ausgaben gehört zweifelsfrei auch die von mir bekämpfte Mediensteuer. Mehr Wettbewerb ist in diesem Sinn ein gutes Rezept, das wesentlich bessere jedenfalls als eine Erhöhung von Steuern und Abgaben.

Es kann nicht sein, dass KMU-Betriebe nebst Bundessteuer, Kantonssteuer, Gemeindesteuer, Kirchensteuer und Mineralölsteuer neu auch noch eine überrissene Billag-Mediensteuer zu bezahlen haben. Ich freue mich, wenn Sie meine Meinung teilen und dies zu gegebener Zeit – vielleicht schon am 14. Juni dieses Jahres – mit Ihrem Stimmzettel kundtun.